

Die Mobile Stroke Units abschaffen?

Berliner Politik

Berlin, an einem Mittwoch. Ein guter Freund erlebt einen Schlaganfall, seine Frau bemerkt Sprachstörungen, den typisch hängenden Mundwinkel, die Armlähmung. Sie greift sofort zum Telefon, die Feuerwehr reagiert professionell. Nach wenigen Minuten steht die Mobile Stroke Unit vor der Tür. Wir wissen: Bei einem Schlaganfall zählt jede Minute. Zwei Stunden arbeitet man unten im Fahrzeug, wie wir später erfahren, mit Labor, CT und Thrombolyse. Dann bringt man den Kranken in ein Schlaganfall-Zentrum.

Am Sonntag wollen wir ihn besuchen, rufen aber vorher noch die Frau an. Am Telefon ist – der Freund. Wir besuchen ihn also zu Hause, wo wir ihn zwar reichlich mitgenommen sehen, von einem Schlaganfall aber ist nicht mehr zu spüren. Lediglich zwei Finger sind noch etwas taub.

Inzwischen sind zwei Jahre vergangen. Die Finger sind noch taub, sonst ist aber vom Schlaganfall nichts mehr zu spüren. Der Freund ist viel auf Reisen, genießt sein Leben. Der Schlaganfall ist kein Thema mehr.

Blick man zurück, kann man der Stroke Unit den vollen Erfolg bescheinigen. Und der Besatzung zutiefst dankbar sein, sie hat professionell und erfolgreich gearbeitet.

Doch nun will der Berliner Innenausschuss die mobilen Stroke Units abschaffen, ein Projekt, das weltweit Nachahmung gefunden hat. Es gebe keinen Nachweis dafür, dass Schlaganfallpatienten in Berlin durch die Fahrzeuge bessere Chancen hätten. Es geht um drei Millionen Euro. Die Führung der Feuerwehr verweist auf die hohen Betriebskosten, die Anfälligkeit der Fahrzeuge, auf Personalausfälle und auf die fehlende Finanzierung durch Krankenkassenverbände. Doch der Berliner Regierende Bürgermeister hat sein Veto eingelegt, die Mobilen Stroke Units sollen, vorerst bis 2021, erhalten bleiben.

12.000 Berliner erleiden jedes Jahr einen Schlaganfall. Welche Kosten würden bei anhaltender Lähmung durch lange stationäre Behandlung, Arbeitsausfälle, Rehabilitation und Nachbehandlung, durch vorzeitige Berentung und Pflegekosten entstehen?? Von der Lebensqualität der Betroffenen und ihrer Familien ganz zu schweigen. Was sollen die Hinweise auf anfällige Fahrzeuge und Personalausfälle?

Wir haben hier ein Musterbeispiel verkürzten Denkens des Berliner Innenausschusses und der Krankenkassenverbände. Hier hat der Regierende endlich einmal eine vernünftige Entscheidung getroffen.